

Im Kampf um Gaza gelang es der Hamas, die Fatah aus dem Gazastreifen zu vertreiben. Präsident Mahmud Abbas setzte am 17. Juni 2007 eine neue Regierung unter Salam Fayyad ein. Dabei wurde er von den USA, der EU, aber auch von der Arabischen Liga unterstützt. **Die Hamas lehnte die neue Regierung ab. Sie erhob für sich den alleinigen Machtanspruch und regiert seitdem faktisch den Gazastreifen. Die Politik der Hamas gegenüber der Zivilbevölkerung ist dabei von Willkür und Gewalt gekennzeichnet.** So kritisiert Amnesty International willkürliche Verhaftungen, Folter und Erschießungen. Über die Regierung selbst war wenig bekannt, da die genauen Führungsstrukturen der Hamas und auch die Identitäten ihrer Spitzenpolitiker größtenteils geheim gehalten wurden.



Die Hamas wird von Israel und den meisten, westlich orientierten Staaten als terroristische Vereinigung betrachtet.

Am 19. September 2007 erklärte die israelische Regierung den Gazastreifen zum „feindlichen Gebiet“, um „so den Druck auf die Hamas zu erhöhen, damit diese die inzwischen fast täglichen Raketenangriffe aus dem palästinensischen Autonomiegebiet unterbindet“. Daher sollte unter anderem die Versorgung des Gazastreifens mit Elektrizität eingeschränkt werden. Ziel dieser Maßnahmen sei die Schwächung der Hamas. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen forderte daraufhin Israel auf, den Beschluss zu überdenken. Israel habe Verpflichtungen gegenüber der Zivilbevölkerung und dürfe nicht Menschenrechte missachten.

Israels Gegenargument war, dass man zunächst Verpflichtungen gegenüber der eigenen Bevölkerung habe.

Die EU schickte Milliardenbeträge in den Gazastreifen zum Aufbau der Infrastruktur. Wir wissen heute, dass das meiste Geld davon nicht bei der Bevölkerung ankam, sondern von der Hamas für unterirdischen Tunnelbau, Waffenbeschaffung und weitere eigene Zwecke verwendet wurde.



Heute wissen wir auch, dass Ursula von der Leyen als EU-Kommissionspräsidentin die Herausgabe der Akten zu diesen Vorgängen verhindert. Nicht einmal Mitglieder des EU-Parlaments bekommen Einsicht in diese Akten.

(Ursula von der Leyen)